

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-3397 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 31.08.2017

- Den Mitgliedern des
 Haupt- und Finanzausschusses
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, 6. September 2017, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern
- 2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 21.06.2017
- 3. 17-F-21-0080

Beschaffung Katwarn

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2017-

Bei Katwarn handelt es sich um ein Warn- und Informationssystem, mit dem per SMS, Smartphone-App und E-Mail offizielle Warnungen vor Gefahrensituationen sowie Informationen und Handlungsanweisungen an registrierte Nutzer herausgegeben werden können. Es bietet gegenüber bestehenden Warnsystemen, wie etwa Sirenen, den Vorteil, dass damit beispielsweise auch Nutzer erreicht werden können, die sich noch gar nicht in Wiesbaden auf-

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. September 2017

halten, sondern auf dem Weg dorthin sind. Warnmeldungen können so eine größere Anzahl von Menschen erreichen.

Derzeit nutzen 17 hessische Landkreise und eine kreisfreie Stadt sowie die hessische Polizei Katwarn. Katwarn soll nicht als Ersatz für bestehende Warnsysteme dienen, sondern diese ergänzen. Da es gerade bei Gefahrenlagen darauf ankommt, dass möglichst viele Menschen rechtzeitig erreicht und informiert werden können, sollen auch die Feuerwehr (Katastrophenschutz) und die Stadtpolizei die Möglichkeit bekommen, Warnungen und Informationen über das Katwarnsystem herauszugeben.

Um Katwarn auch in Wiesbaden einsetzen zu können, müssen Feuerwehr und Stadtpolizei die entsprechende Fachsoftware anschaffen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 50.000,00 Euro bereitstellt und für die Beschaffung von Katwarn verwendet.

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

4. 17-F-10-0018

Rahmenvorgaben zum allgemeinen, erwerbsmäßigen und organisierten Betteln-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 14.08.2017-

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist für ihre Schönheit bekannt. Die Kirchgasse und die Wilhelm-straße gelten bundesweit als hervorragende Einkaufsorte und sind sehr beliebt. Leider kann man immer wieder Fälle von erwerbsmäßigen und aufdringlichen Betteln erleben. Dies stört immer wieder das Bild der Innenstadt und unsere Pflicht ist es auch, Gefahren für Bürger in diesem Stadt-teil zu verhindern.

Damit Bürger und Gäste der Landeshauptstadt Wiesbaden sicher und stressfrei unsere Stadt ge-nießen und einkaufen können, beantragen wir eine Verbesserung der Gefahrenabwehrverordnung sowie der Verwaltungsrichtlinien zur Straßensondernutzung.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen

- 1. § 4 Abs. 1 der Gefahrenabwehrverordnung sowie die Verwaltungsrichtlinien zur einheitli-chen Behandlung der Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungs-gebühren der Landeshauptstadt Wiesbaden soll auch an neue Formen des erwerbsmäßigen und organisierten Bettelns angepasst werden.
- § 4 Abs. 1 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden soll daher im Wortlaut wie folgt geändert bzw. ergänzt werden: "Das aggressive Betteln durch nachdrückliches oder hartnäckiges Ansprechen von Per-sonen, das Betteln durch das Vorschicken von Kindern, das organisierte Betteln, das Betteln unter Zurschaustellung tatsächlicher oder der Vortäuschung körperlicher Be-hinderungen, Krankheiten oder persönlicher Notlagen, sowie das Betteln mit Zirkus-tieren ist verboten."
- 3. Die Verwaltungsrichtlinien zur einheitlichen Behandlung der Sondernutzungen an öffentli-chen Straßen und über Sondernutzungsgebühren in der Landeshauptstadt Wiesbaden wer-den unter Punkt VI. Straßenkunst und Straßenmusik wie folgt geändert:

Die Punkte 1.2 und 1.3 entfallen und werden wie folgt ersetzt:

- "1.2. Die Ausübung bildender und darstellender Künste, wie z.B. Pantomime, Artistik, Kabarett, Straßentheater sowie sonstige künstlerische Nutzungen wie Pflastermalerei, Töpferei, Bildhauerei, Kunstmalerei, Holzschnitzerei u.a. sind erlaubnis- und gebühren-pflichtig."
- 4. Für die Ausübung darstellender Künste wird eine Sondernutzungsgebühr je Tag von 15,00 € erhoben. Die Anlage zu § 8 der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren in der Landeshauptstadt Wiesbaden ist entsprechend zu ergänzen.

5. 17-F-08-0052

Finanzielle Bürgerbeteiligung

-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.08.2017-

Durch Cash-Pooling optimieren die städtischen Gesellschaften ihre Finanzen. Gesellschaften mit Finanzmittelüberschuss stellen über die jeweilige Holding ihre Liquidität Gesellschaften mit Finanzmittelbedarf zur Verfügung. Die Konditionen sind für beide Seiten vorteilhaft gegenüber einer Anlage bzw. Finanzierung über Banken.

Angesichts des von der Europäischen Zentralbank verordneten Niedrigzinsniveaus könnte dieser Mechanismus auch zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihren Bürgern zum beiderseitigen Nutzen Anwendung finden.

Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- 1. zu berichten, inwieweit Bürgerkredite als Finanzierungsinstrumente bereits erwogen wurden.
- 2. zu prüfen,
- a. welche rechtlichen Voraussetzungen zu beachten sind, z.B. Bankenaufsicht
- b. welche Erfahrungen andere Kommunen damit gesammelt haben, z.B. Oestrich-Winkel bei einer Projektfinanzierung für die Freiwillige Feuerwehr
- c. inwieweit sich das Konzept für kurz-, mittel- bzw. langfristige Finanzierungen eignet
- d. inwieweit sich das Konzept für Projekt- oder allgemeine Finanzierung eignet
- e. falls der Verwaltungsaufwand bei Kleinbeträgen unverhältnismäßig wäre, ab welchem Mindestbetrag eine Umsetzung praktikabel erscheint
- 3. bei positiver Bewertung eine Sitzungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten, mit der ein geeignetes Verfahren beschlossen wird.
- **6.** Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation
- **7**. Verschiedenes

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. September 2017

1. Anzeigepflicht gemäß § 26a HGO

ANLAGE nur für Ausschussmitglieder

2. 16-F-02-0003 DL 29/17-1

Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen mit unkontrolliertem Freigang in Wiesbaden Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2016

3. 17-V-01-0018 DL 29/17-2

Änderung der Ordnung des Gestaltungsbeirates, Wiederberufung der Beiratsmitglieder, Umbenennung in Gestaltungs- und Denkmalbeirat

4. 17-V-01-0033 DL 28/17-1, 26/17-1

Eckpunkte zum Bau und Betrieb eines Museums für abstrakte Kunst auf dem Grundstück Wilhelmstr. 1

5. 17-V-01-4015 DL 28/17-2, 26/17-2

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage und Preis für Bürgermut

6. 17-V-07-0011 DL 28/17-3, 26/17-3

Neuausrichtung der städtischen Altenpflege; HH Anmeldung zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie

7. 17-V-20-0014 DL 24/17-5

Investitionscontrolling 1. Quartal 2017

8. 17-V-20-0025 DL 25/17-2

Anpassung der Gesellschaftsstruktur der Wivertis GmbH

9. 17-V-20-0028 DL 24/17-6

Halbjährlicher Bericht (I/2017) über die Aufnahme von Darlehen und langfristigen Kassenkrediten

10. 17-V-20-0031 DL 25/17-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

11. 17-V-20-0032 DL 24/17-7

Übersicht der durch den Magistrat vom 01.04.2017 bis 30.06.2017 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

12. 17-V-20-0034 DL 25/17-4

Entwurf des Haushaltsplans 2018/19 - Wirtschaftspläne städt. Gesellschaften

13. 17-V-20-0042 DL 28/17-4, 26/17-4

Haushaltsplan 2018/2019 - Haushaltsansätze städtischer Gesellschaften

14. 17-V-20-0043 DL 28/17-5, 27/17-1 NÖ, 26/17-5

Konsortialvertrag und Gesellschaftsvertrag der CityBahn GmbH

15. 17-V-20-0035 DL 25/17-5

Landesausgleichsstock: Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende

16. 17-V-20-0037 DL 29/17-5

Bericht Halbjahresergebnis 2017 auf Basis der HMS-Auswertung Stand Juni 2017

17. 17-V-31-0006 DL 24/17-8

Suche nach neuem Standort für die Unterbringung des Bürgerbüros

18. 17-V-31-0008 DL 25/17-6

Stellenfreigaben Ordnungsamt

19. 17-V-40-0028 DL 25/17-7

Finanzierung der Anmietung der Außenstelle der Gustav-Stresemann-Schule, Wiesbadener Straße 82, Mainz-Kastel (Housing Area)

20. 17-V-40-0029 DL 29/17-7

Carl-von-Ossietzky-Schule - Neubau

21. 17-V-40-0030 DL 25/17-8

Kassenwirksamkeit - Jahresabschluss 2016 und 1. Bericht 2017

22. 17-V-41-0004 DL 24/17-9

Kulturfonds - Überarbeitung der Satzung

23. 17-V-41-0007 DL 24/17-10

Entwicklung der Wiesbadener Musik- und Kunstschule e. V.

24. 17-V-41-0008 DL 25/17-9

Hess. Staatstheater Wiesbaden: vorläufiger Abschluss 2016; üpl-Bedarf für Brandschutzmaßnahmen in 2017

25. 17-V-50-0008 DL 28/17-8, 26/17-8

Planstellen zur Organisation der Flüchtlinge mit Leistungsberechtigung im SGB II (Kommunales Jobcenter)

26. 17-V-50-0009 DL 28/17-9, 26/17-9

Planstellen für die Fachstelle Bildung und Teilhabe im Kommunalen Jobcenter

27. 17-V-51-0007 DL 28/17-10, 26/17-10

Mindestpersonalbedarf nach dem Hessischen Kinderförderungsgesetz (HessKiföG), Schaffung von drei Arbeitsgruppenleitungsstellen

28. 17-V-51-0008 DL 29/17-8, 27/17-2

Einrichtung einer Planstelle im Amt für Soziale Arbeit, Abteilung 5108 Wohnen

29. 17-V-51-0009 DL 24/17-11

Internationale Jugendarbeit in Wiesbaden

30. 17-V-51-0012 DL 29/17-9, 27/17-3

Kita-Einstieg: "Brücken bauen in frühe Bildung"

31. 17-V-51-0015 DL 28/17-11, 26/17-11

Sozialpädagogisches Konzept Kulturpark

32. 17-V-51-0019 DL 28/17-12, 26/17-12

Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen in der Kita Ev. Erlösergemeinde Kastel - investive Mehrkosten-

33. 17-V-51-0022 DL 28/17-13, 26/17-13

Neues "Wohngebiet Hainweg" Wiesbaden-Nordenstadt, DRK Kita Hainweg 1

34. 17-V-51-0023 DL 28/17-14, 26/17-14

Kindertagesstätte "Kinderinsel" in Wiesbaden-Delkenheim, Übernahme der Trägerschaft durch das DRK

35. 17-V-51-0025 DL 29/17-10, 27/17-4

Einbau des Aufzugs in die Altenwohnanlage Sophienstraße, Erweiterung der Baumaßnahme zur Erschließung des Dachgeschosses

36. 17-V-51-0026 DL 28/17-15, 26/17-15

Weiterentwicklung der Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter (Demographische Entwicklung und Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes III für die Sozialhilfe bei Dezernat VII/50 und 51)

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. September 2017

37. 17-V-51-0027 DL 29/17-11, 27/17-5

Ausgleich der Verbindlichkeiten zwischen der AHW GmbH und der Stadt Wiesbaden in Bezug auf den Dienstleistungsvertrag für die Altenwohnanlage Schiersteiner Straße 70-78

38. 17-V-51-0029 DL 29/17-12, 27/17-6

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2016/17

39. 17-V-51-0030 DL 28/17-16, 26/17-16

Qualitätssicherung und Personalentwicklung innerhalb der Bezirkssozialarbeit - Schaffung eines regelhaften Supervisionsangebotes für alle Arbeitsgruppen

40. 17-V-53-0004 DL 25/17-10

Neuschaffung einer Stelle bei 530520 - Infektionsschutz - medizinische/r Fachangestellte/r

41. 17-V-66-0104 DL 29/17-15, 28/17-17

Zusätzlicher Personalbedarf für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten

42. 17-V-66-0212 DL 25/17-11

Maaraustraße in Mainz-Kostheim; Fußgängersicherung

43. 17-V-67-0004 DL 25/17-12

Sanierung der Unterkünfte des Grünflächenamtes

44. 17-V-67-0005 DL 24/17-13

Friedhofsentwicklungskonzept 2030

45. 17-V-67-0008 DL 25/17-13

Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 6702

46. 17-V-80-8004 DL 24/17-14

Vermittlungsmodell Schloss Freudenberg - Fortführung ab 2017

47. 17-V-80-8005 DL 24/17-15

Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule

48. 17-V-80-8007 DL 25/17-14

Arbeitsmarktprojekt 'Haushaltsnahe Dienstleistungen - Die Alltagsengel' - Verlängerung 2018 - 2020

Nicht öffentliche Beratung:

49. 17-V-20-0040 DL 26/17-1 NÖ , 28/17-1 NÖ

Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

50. 17-V-66-0107 DL 29/17-2 NÖ

Werbenutzungsvertrag 2. Nachtrag

51. 17-V-80-2326 DL 25/17 NÖ

Grunderwerb für den Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule

52. 17-V-80-2316 DL 24/17 NÖ

Beendigung eines Erbbaurechts und Verkauf eines Grundstücks in Schierstein

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz

Vorsitzender